Interpellation

zur Überprüfung der Asylgesetzgebung

Gestützt auf Art. 45 der Geschäftsordnung vom 19. Dezember 2012 für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein reichen die unterzeichnenden Abgeordneten eine Interpellation zur Überprüfung der Asylgesetzgebung ein.

Aufgrund der Migrationsströme und der Asylsituation in Europa erfolgten im Jahr 2016 im liechtensteinischen Asylgesetz Anpassungen. In der Zusammenfassung zum BuA 2016/70 führte die Regierung folgendes aus:

„Das Asylverfahren soll beschleunigt und zukunftsorientiert ausgestaltet werden, ohne jedoch die Rechte von Asylsuchenden übermässig oder völkerrechtswidrig einzuschränken. Einerseits soll das Asylverfahren durch die Einführung von kürzeren Entscheidungsfristen und die Änderung der erstinstanzlichen Zuständigkeit beschleunigt werden. Andererseits soll eine Verkürzung und Anpassung der Beschwerdeverfahren und die Zusammenlegung der Beschwerde mit einem allfälligen Antrag auf Verfahrenshilfe zur Beschleunigung beitragen. Im Weiteren soll für Wirtschaftsmigranten die Attraktivität, in Liechtenstein ein Asylgesuch zu stellen, erheblich verringert werden. Dies vor dem Hintergrund, dass derzeit eine grosse Anzahl von Asylsuchenden aus dem Westbalkan bzw. Osteuropa und damit aus sicheren Heimat- und Herkunftsstaaten stammt. Die in diesen Fällen angeführten Asylgründe sind meist wirtschaftlicher oder medizinischer Natur. Ein schnelleres Verfahren wirkt sich nicht nur im Sinne der Asylsuchenden auf die Wiedereingliederung im Heimat- bzw. Herkunftsstaat aus, sondern auch auf die Kosten für das Land Liechtenstein. Zudem sollen die verfügbaren Unterkünfte vor allem für Asylsuchende aus Krisengebieten zur Verfügung stehen und nicht durch Asylsuchende mit wirtschaftlichen Motiven besetzt werden.“

Mit Datum vom 1. Januar 2017 trat das revidierte Asylgesetz in Kraft. Ein wesentlicher Punkt dieser Revision war die erwähnte Einführung von neuen Unzulässigkeitsgründen.

In der Beantwortung einer kleinen Anfrage des Landtagsabgeordneten Johannes Hasler vom 28.02.2018 teilte die Regierung mit, dass trotz der neu eingeführten Unzulässigkeitsgründen mehr als die Hälfte der Personen, die im Jahr 2017 ein Asylgesuch in Liechtenstein gestellt hätten, aus sicheren Heimats- und Herkunftsstaaten gekommen seien. Der gewünschte Effekt sei deshalb noch nicht eingetreten.

Personen aus sicheren Herkunftsstaaten belasten somit immer noch unser System und verhindern, dass sich die zuständigen Stellen um die wirklich Schutzbedürftigen kümmern können. Aufgrund der Beantwortung der kleinen Anfrage scheint es äusserst fraglich, dass der gewünschte Effekt noch eintritt. Die Interpellanten befürchten, dass unser System weiter missbraucht wird.

Die Regierung wird daher eingeladen, dem Landtag zu den folgenden Fragen Auskunft zu erteilen:

1. Die „sicheren Heimats- und Herkunftsstaaten“ werden in Art. 4a AsylV benannt. Hierzu folgende Fragen:

- a) Unterscheidet sich die Auflistung gemäss Art. 4a AsylV zu denen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands?
- b) Falls es Unterschiede gemäss Frage 1a gibt, worin bestehen diese?
- c) Wie beurteilt die Regierung einen möglichen Pull-Faktor aufgrund der Unterschiede?
- d) Wie entwickelte sich die Anzahl Gesuche von Personen aus sicheren Heimat- oder Herkunftsstaaten vom 01.01.2017 bis 28.02.2018?
- e) Wie war das Alter, Geschlecht und Herkunftsland der Personen gemäss Frage 1d?
- f) Gibt es statistische Daten zu Alter, Geschlecht und Herkunftsland der Personen gemäss Frage 1d und können diese dem Landtag offen gelegt werden?
- g) Wie viele Gesuche von Personen aus sicheren Heimat- oder Herkunftsstaaten vor 2017 sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen und wie lange dauern diese Verfahren bereits an?

2. Ablauf des Asylverfahrens. Hierzu folgende Fragen:

- a) Wie lange dauern die Asylverfahren nach Art. 5 Abs. 3 AsylG in den Fällen nach 1d bis zur Vorlage an das zuständige Regierungsmitglied durchschnittlich?
- b) Kann das Verfahren gemäss 2a noch beschleunigt werden (Ablauf, Gesetzesänderung, etc.)? Bejahendenfalls wie?
- c) Wie viele der Fälle wurden bislang durch das zuständige Regierungsmitglied gemäss Art. 5 Abs. 2 AsylG entschieden und wie viele wurden wegen Unzulässigkeit abgelehnt?
- d) Wie lange dauert das Verfahren gemäss Art. 5 Abs. 2 AsylG durchschnittlich?
- e) Kann das Verfahren gemäss Frage 2d beschleunigt werden? Bejahendenfalls wie?
- f) Wie viele Entscheide gemäss Frage 2c wurden durch die Personen ausdrücklich akzeptiert, wie viele tauchten unter, wie viele wurden in Ausschaffungshaft genommen und wie viele legten Rechtsmittel ein?
- g) Wie und durch wen werden Personen gemäss 1d identifiziert und werden die Daten des Identifikationsverfahrens gespeichert? Bejahendenfalls wie lange?
- h) Wie wird sichergestellt, dass die gemäss Frage 2g identifizierten Personen – nach einem ablehnenden Entscheid – nicht in Zukunft erneut ein Verfahren unter einem anderen (falschen) Namen stellen können?

3. Gemäss Antwort der Regierung auf die erwähnte kleine Anfrage vom 28.02.2018 müssten, um das Ziel der beschleunigten Behandlung von Asylgesuchen von Personen aus sicheren Heimats- und Herkunftsstaaten, die keine Aussicht auf eine Asylgewährung in Liechtenstein haben, zu erreichen, alle relevanten Akteure auf ein rasches Verfahren hinarbeiten. Hierzu folgende Fragen:

- a) Wer sind die genannten Akteure?
- b) Welche Akteure arbeiten nach Ansicht der Regierung und aus welchen Gründen nicht auf ein rasches Verfahren hin?
- c) Welches Optimierungspotenzial wurde bislang noch nicht ausgeschöpft?

4. Gemäss Beantwortung der kleinen Anfrage würden Entscheide des Verwaltungsgerichtshofes in der Regel mittels Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof weitergezogen, was die Verfahrensdauer wesentlich verlängern würde. Hierzu folgende Fragen:

- a) Inwiefern ist ein Individualbeschwerderecht an den Staatsgerichtshof überhaupt aus Sicht der Regierung noch sinnvoll?
- b) Kann in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich ein negativer Asylentscheid mittels eines Rechtsmittels analog einer Individualbeschwerde an den StGH an das jeweilige Verfassungsgericht weiter gezogen werden und wenn ja, haben solche Rechtsmittel dort aufschiebende Wirkung bzw. wird ihnen dort auch aufschiebende Wirkung zugesprochen?
- c) Was müsste konkret geändert werden, damit eine Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof zukünftig nicht mehr möglich ist?
- d) Durch eine Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes sei gemäss Antwort auf die kleine Anfrage unklar, ob Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung in Zukunft noch greifen würden. Welche Rechtsprechung ist hier gemeint und wie könnte dem anscheinenden Problem durch eine gesetzliche Anpassung begegnet werden?
- e) Wie lang ist die durchschnittliche Verfahrensdauer beim Verwaltungsgerichtshof bzw. beim Staatsgerichtshof in Fällen gemäss Frage 1d?
- f) Hängt die Verlängerung auch damit zusammen, dass der Staatsgerichtshof bzw. sein Präsident Individualbeschwerden „aufschiebende Wirkung“ zuerkennt bzw. „vorsorgliche Massnahmen“ anordnet? Bejahendenfalls: wie könnte dies durch den Gesetzgeber unterbunden werden?
- g) Könnte ein beschleunigtes Verfahren beim Staatsgerichtshof für Asylentscheide eingeführt werden, welches den Staatsgerichtshof dazu verpflichtet, solche Fälle bspw. binnen 4 Wochen endgültig zu entscheiden?
- h) Könnte die Verfahrenshilfe bei Individualbeschwerden an den Staatsgerichtshof durch eine Verfassungsänderung abgeschafft werden oder wäre dies völkerrechtswidrig?

5. Kosten der Verfahrenshilfe und Rechtsberatung. Hierzu folgende Fragen:

- a) Wie viele der unter Frage 1d genannten Personen beantragten Verfahrenshilfe und wie viele bekamen diese zugesprochen?
- b) Wie hoch sind die aktuell abgerechneten Kosten der Verfahrenshilfe für die Personen gemäss Frage 1d?
- c) Wie hoch sind approximativ die Kosten der Verfahrenshilfe für die Personen gemäss Frage 1d bis zum erwarteten Abschluss der Verfahren beim Staatsgerichtshof?
- d) Auf welche Kanzleien bzw. Rechtsvertreter entfällt welcher Anteil der bis anhin abgerechneten Kosten? Falls eine namentliche Auflistung nicht zulässig erscheint, so wird um eine anonymisierte Tabellenansicht (Anonymisierung, Anzahl der Fälle, erhaltener Gesamtbetrag) ersucht.
- e) Könnte eine gesetzliche Regelung eingeführt werden, wonach solche Fälle den Rechtsanwälten jeweils streng nach Reihenfolge (Anwaltsliste) zugeteilt werden, die Rechtsanwälte unter Substitutionsverbot dazu verpflichtet werden, diese Fälle zu übernehmen, und könnte hierdurch eine bessere Verteilung erzielt und die Attraktivität solcher Verfahren für einzelne Rechtsanwälte geschmälert werden?
- f) Könnte der anwendbare Tarif für Rechtsanwälte so gesenkt werden, dass die Attraktivität solcher Verfahrenshilfemandate gemindert wird?
- g) Wie hoch fällt die durchschnittliche Entschädigung eines Verfahrenshelfers bei solchen Asylverfahren in der Schweiz, Österreich und Deutschland aus und wie viel verdient ein Verfahrenshelfer in Liechtenstein an einem solchen Fall im Durchschnitt inklusive Individualbeschwerde an den StGH?
- h) In Art. 83 AsylG wird normiert, dass Verfahrenshilfe «nach Massgabe der einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung» gewährt wird. In der Zivilprozessordnung wird als Voraussetzung für die Gewährung von Verfahrenshilfe genannt, dass die beabsichtigte Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint. Wie begründen die zuständigen Stellen, dass dennoch für die Rechtsvertretung von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten Verfahrenshilfe gewährt wird?
- i) Wie hoch sind approximativ die Kosten der Personen gemäss Frage 1d für die Rechtsberatung gemäss Art. 13 AsylG bis zum Abschluss der Verfahren?

6. Durch die Gesuche gemäss Frage 1d entstehen diverse Kosten. Hierzu folgende Fragen:

- a) Wie hoch sind approximativ die Vollkosten für den Verwaltungsgerichtshof bzw. den Staatsgerichtshof für die zu erwartenden Fälle?
- b) Wie hoch sind approximativ die Vollkosten (inkl. Dolmetscherhonorare) für die Abarbeitung der Fälle bei der Migrationsbehörde?
- c) Wie hoch sind approximativ die Vollkosten für die zu erwartenden Fälle bei der Betreuung/Unterkunft/Verpflegung?
- d) Wie hoch sind approximativ die Vollkosten für die zu erwartenden Fälle im Bereich der minderjährigen Kinder (Kindergarten, Schule, etc.)?
- e) Wie hoch sind die Vollkosten der Sicherheitsbehörden für die zu erwartenden Fälle?

- f) Wie hoch sind die Vollkosten für die Ausschaffung/Rückschaffung für die zu erwartenden Fälle?

7. Medizinische Versorgung. Hierzu die folgenden Fragen:

- a) Wie erfolgt die Abdeckung der Kosten für die medizinische Behandlung für die von Frage 1d umfassten Personen? Sind diese krankenversichert bei einer liechtensteinischen Krankenkasse oder übernimmt der Staat die Kosten direkt?
- b) Wie hoch waren die Kosten für die medizinische und zahnärztliche Versorgung für die Personen gemäss Frage 1d?
- c) Wie hoch belaufen sich die noch folgenden Kosten für das Land bis zum Abschluss der zu erwarteten Verfahrensdauer für die medizinische und zahnärztliche Versorgung der Personen gemäss Frage 1d?
- d) Gibt es Einschränkungen bei den medizinischen Leistungen (z.B. Zahnbehandlungen, bestimmte Medikamente, Therapien) für Personen im Asylverfahren? Bejahendenfalls welche?
- e) Kann es sein, dass Personen gemäss Frage 1d in Liechtenstein besonders kostenintensive medizinische und zahnärztliche Behandlungen sowie besonders teure Medikamente während des Asylverfahrens erhalten, welche in den Herkunftsländern der Personen gemäss Frage 1d nicht oder nur mit eigenen finanziellen Mitteln zu erhalten sind? Bejahendenfalls: wie beurteilt die Regierung einen diesbezüglichen Pull-Faktor?
- f) Unterscheidet sich die medizinische Versorgung von Personen gemäss Frage 1d von jenen in der Schweiz, Österreich und Deutschland?
- g) Kann ausgeschlossen werden, dass Personen gemäss Frage 1d mehr medizinische und zahnärztliche Leistungen bezahlt erhalten als Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe oder Bezüger von AHV- und IV-Ergänzungsleistungen in Liechtenstein?
- h) Ist es zutreffend, dass bereits mehrere Personen unmittelbar beim Asylantrag eine Behandlung der Krankheit «Hepatitis-C» verlangt haben? Bejahendenfalls: wer entscheidet über eine Therapie, wurde eine solche bereits bewilligt und wie hoch sind die Kosten pro Therapie? Sind diese Personen bezüglich dieser besonders kostenintensiven Behandlung den OKP-Versicherten in Liechtenstein gleichgestellt?

8. Prüfung von möglichen Verbesserungen. Hierzu folgende Fragen:

- a) Wie könnte nach Ansicht der involvierten Stellen (Regierung, Migrationsbehörde, Gerichte, Rechtsanwaltskammer, Flüchtlingshilfe) konkret die Verfahrensdauer drastisch gesenkt werden?
- b) Wie könnte konkret verhindert werden, dass Personen, die aus medizinischen Gründen einen Asylantrag stellen, zwar einen Unzulässigkeitsentscheid erhalten, trotzdem die medizinischen Leistungen erhalten?

- c) Warum sind die in der Schweiz verwendeten Fast-Track-Verfahren bzw. 48 Stunden-Verfahren nicht auch in Liechtenstein möglich?
- d) Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage wie auch der Rechtsprechung ist es bei Mehrfachgesuchen derselben Person nicht möglich, lediglich eine formlose Wegweisung zu verfügen, auch wenn sich das Vorbringen kaum vom Vorbringen im früher durchgeführten Asylverfahren unterscheidet. Wie könnte diese Problemstellung abschliessend gesetzlich gelöst werden?
- e) Trifft es zu, dass der Staatsgerichtshof sich nicht an die neuen Bestimmungen der vom Landtag beschlossenen Verfahrenshilferevision hält, wonach der Antrag auf Verfahrenshilfe frühestens in Verbindung mit dem verfahrenseinleitenden Schriftsatz eingebracht werden kann (§ 65 ZPO), er diesbezüglich aber auch nicht von seinem Normenkontrollrecht Gebrauch gemacht hat? Bejahendenfalls: in welchem Umfang führt dies zusätzlich zu Verfahrensverzögerungen?
- f) Abschliessend bitten wir die Regierung um Auskunft, welche Problemstellungen im Bereich der Asylgesetzgebung sie wie und bis wann konkret gedenkt anzugehen.

Verd. 2, 21.3.18

. 1 .